Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

129 (6.6.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dutz, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag 1/9 Uhr vorm. Für Satzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 129 — Montag, den 6. Juni 1932 — 103. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Der Reichspräsident hat den Reichstag aufgelöst. Der Tag der Neuwahl ist noch nicht festgesetzt

•

Das Kabinett von Papen gab seine Regierungserklärung ab, in der es sich hauptsächlich um innerpolitische Fragen handelt.

•

Der deutsche Reichsaußenminister Freiherr von Neurath machte heute in London seine Abschiedsbesuche.

•

Reichsinnenminister Freiherr von Gayl hat einem Pressevertreter über seine nächsten Aufgaben eine Unterredung gewährt, wobei er u. a. eine Neuordnung und Neufassung sämtlicher Bestimmungen über die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ankündigte, in deren Rahmen auch die Frage der Aufhebung des S.A.-Verbots genannt werden soll.

•

Präsident Hoover hat für das Wochenende eine Konferenz der Finanzdirektoren einberufen, der große Bedeutung zugeschrieben wird.

•

Die Mecklenburg-Schweriner Landtagswahl ist ruhig verlaufen. Die Beteiligung betrug etwa 80 v. H. Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis erhalten die S.P.D. 18, K.P.D. 4, N.S.D.A.P. 29, Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft der Mitte 1, D.N.V.P. 5, Arbeitsgemeinschaft nationaler Mecklenburger 1 Mandat. Die Ergebnisse aus 17 kleineren Wahlbezirken stehen noch aus.

•

In Rom wurde ein 25jähriger Italiener, der geständig sein soll, einen Anschlag auf Mussolini geplant zu haben, verhaftet. Er war im Besitz von zwei Bomben und einem Revolver. Es soll sich hier um einen Emigranten handeln, der 1925 nach der Schweiz übergesiedelt ist.

•

Das Präsidium des Vollzugsausschusses der Kommunistischen Internationale in Moskau hat beschlossen, am 28. Juni in Deutschland einen Antifaschistentag als Kampftag gegen die Regierung von Papen abzuhalten.

*

Am Sonntag fand im Plenarsaal des Reichstages eine Gedenkfeier für das verstorbene älteste Mitglied des Reichstages, Geheimen Justizrat, Universitätsprofessor Kahl, statt.

•

Der griechische Staatspräsident hat die neue von Venizelos gebildete Regierung vereidigt. Die griechische Regierung wird in Lausanne durch den Außenminister und Finanzminister vertreten sein.

Der Reichstag ist aufgelöst

Berlin, 5. Juni. Amtlich wird folgende Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstages vom 4. Juni gemeldet:

Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich mit sofortiger Wirkung den Reichstag auf, da er nach dem Ergebnis der in den letzten Monaten stattgehabten Wahlen zu den Landtagen der deutschen Länder dem politischen Willen des deutschen Volkes nicht mehr entspricht.

Berlin, 4. Juni 1932.

Der Reichspräsident: gez. von Hindenburg

Der Reichskanzler: gez. von Papen — Der Reichsminister des Innern: gez. Freiherr von Gayl

Schleicher aus der Reichswehr ausgeschieden

Berlin, 4. Juni. Generalleutnant von Schleicher ist nach seiner Ernennung zum Reichswehrminister auf Grund des § 16 des Ministerialgesetzes aus dem Reichsheer ausgeschieden. § 16 des genannten Gesetzes besagt: „Wird ein im Dienst oder im einstweiligen Ruhestand befindlicher Reichsbeamter zum Reichsminister ernannt, so tritt er mit dem Tage seiner Ernennung kraft des Gesetzes mit Ruhegehalt in den Ruhestand. Entsprechendes gilt für Soldaten der Wehrmacht, die Anspruch auf Ruhegehalt haben." Nach diesem Gesetz ist auch Graf Schwerin von Krosigk nach seiner Ernennung zum Reichsfinanzminister in den Ruhestand getreten.

Als Nachfolger Schleichers in dem Amte als Chef des Ministeramts kommt, der „Vossischen Zeitung" zufolge, der bisherige Abteilungsleiter der Abwehrabteilung im Reichswehrministerium, Oberst von Bredow, in Frage.

*

von Neurath verabschiedet sich in London

Berlin, 4 Juni. Der Reichsminister des Auswärtigen, Freiherr von Neurath, begab sich am Samstag für einige Tage nach London, um sich dort zu verabschieden.

Regierungserklärung des Kabinetts

Starke Kritik an dem bisherigen Kurs — Kampf um die Erhaltung der Lebensgrundlagen des Volkes — Ankündigung von Notmaßnahmen — Fortsetzung friedlicher Außenpolitik — Auflösung des Reichstags — Neuwahlen für klare Entscheidung

Berlin, 4. Juli. Die Regierungserklärung des Kabinetts von Papen hat folgenden Wortlaut:

In einer der schwersten Stunden der vaterländischen Geschichte übernimmt die neue Regierung ihr Amt.

Das deutsche Volk steht in einer seelischen und materiellen Krise ohne Vorgang. Die Opfer, die von ihm verlangt werden, wenn der dornige Weg zur inneren und äußeren Freiheit mit Aussicht auf Erfolg gegangenen werden soll, sind ungeheuer. Sie können nur ertragen werden, wenn es gelingt, die seelischen Voraussetzungen durch eine Zusammenfassung aller Aufbauwilligen und Staatserhaltenden, kurzum aller nationalen Kräfte zu finden.

Reichskanzler Dr. Brüning hat als erster den Mut gehabt, eine klare Bilanz der Lage zu fordern, in die uns in erster Linie der Versailler Vertrag und die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise wie auch die Mißwirtschaft der Parlamentsdemokratie gebracht haben. Diese Bilanz, die die heutige Regierung vorfindet, soll das deutsche Volk kennen: Die finanziellen Grundlagen des Reiches, Preußens und der Mehrzahl aller anderen Länder und Gemeinden sind erschüttert. Keine der notwendigen grundlegenden Reformen, die Voraussetzung jeder Gesundung — Verwaltungsreform, Finanzreform, Anpassung unseres staatlichen Lebens an die Armut der Nation — ist über schwache Ansätze hinausgekommen. Die Sozialversicherungen stehen vor dem Bankrott. Die ständig gewachsene Arbeitslosigkeit zehrt trotz allen Arbeitswillens der besten Kräfte am Marke des deutschen Volkes.

Die Nachkriegsregierungen haben geglaubt, durch einen sich ständig steigernden Staatssozialismus die materiellen Sorgen dem Arbeitnehmer wie dem Arbeitgeber in weitem Maße abnehmen zu können. Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt. Sie haben ihm Aufgaben zuerteilt, die er seinem Wesen nach niemals erfüllen kann. Gerade hierdurch ist die Arbeitslosigkeit noch gesteigert worden. Der hierauf zwangsläufig folgenden moralischen Zermürbung des deutschen Volkes, verschärft durch den unseligen gemeinschaftsfeindlichen Klassenkampf und vergrößert durch den Kulturbolschewismus, der die besten sittlichen Grundlagen der Nation zu vernichten droht, muß noch in letzter Stunde Einhalt geboten werden. Zu tief ist schon in alle kulturellen Gebiete des öffentlichen Lebens die Zersetzung atheistisch-marxistischen Denkens eingedrungen, weil die christlichen Kräfte des Staates zu leicht zu Kompromissen bereit waren. Die Reinheit des öffentlichen Lebens kann nicht auf dem Wege der Kompromisse um der Parität willen bewahrt oder wieder hergestellt werden. Es muß eine klare Entscheidung darüber fallen, welche Kräfte gewillt sind, das neue Deutschland auf der Grundlage der unveränderlichen Grundsätze der christlichen Weltanschauung aufbauen zu helfen.

Die Regierung, die in dieser Stunde, erfüllt von ihrer schweren Verantwortung vor Gott und der Nation, die Leitung der Geschicke des Landes übernimmt, ist tief durchdrungen von dem Bewußtsein der Pflichten, die auf ihr liegen. Sie wird nicht zögern, den Kampf um die Erhaltung der Lebensgrundlagen des Volkes, insbesondere auch der werktätigen Bevölkerung in Stadt und Land unverzüglich aufzunehmen.

Damit die Zahlungen der nächsten Tage und Wochen zur Aufrechterhaltung des staatlichen Apparates geleistet werden können, ist die Regierung gezwungen, einen Teil der von der alten Regierung geplanten Notmaßnahmen zu erlassen. Im übrigen macht die Regierung in dieser Stunde keine Versprechungen. Sie wird handeln, und man soll sie nach ihren Taten beurteilen.

Auf außenpolitischem Gebiete ergeben sich die nächsten und wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung aus den im Gange befindlichen oder bevorstehenden internationalen Verhandlungen über die großen Weltprobleme der Abrüstung, der Reparationen und der allgemeinen Wirtschaftskrise. Bei allen diesen Problemen stehen höchste deutsche Lebensinteressen auf dem Spiele. Unser Ziel ist, in friedlichem Zusammenwirken mit den anderen Nationen unserem Vaterlande endlich volle Gleichberechtigung, politische Freiheit und die Möglichkeit wirtschaftlicher Gesundung zu verschaffen. Nur ein gleichberechtigtes, freies und wirtschaftlich gesundes Deutschland kann zur Gesundung der Welt beitragen. Freilich können alle Bemühungen um die Wohlfahrt der Völker sich nur dann auswirken, wenn es gelingt, gleichzeitig die wirtschaftlichen Störungen auf dem Gebiete des Geld- und Kapitalverkehrs und des Warenaustausches, die gegenwärtig die Welt in Unruhe versetzen, zu beseitigen.

Die Reichsregierung wird an allen Bestrebungen mitzuwirken bereit sein, die diesem Ziele dienen.

Die Grundlage und Voraussetzung aber jeder wirksamen außenpolitischen Vertretung unserer nationalen Interessen, über die es Meinungsverschiedenheiten unter Deutschen nicht gibt, ist die Herbeiführung der innerpolitischen Klarheit.

Aus allen diesen Gründen hat sich der Herr Reichspräsident entschlossen, dem Antrage der Reichsregierung stattzugeben, den Reichstag aufzulösen.

Die Nation wird vor die klare und eindeutige Entscheidung gestellt, mit welchen Kräften sie den Weg der Zukunft zu gehen gewillt ist. Die Regierung wird, unabhängig von Parteien, den Kampf für die seelische und wirtschaftliche Gesundung der Nation, für die Wiedergeburt des neuen Deutschland führen.

*

Der Wahltag noch nicht festgesetzt

Berlin, 5. Juni. Nach der Regierungserklärung ist die Verordnung des Reichspräsidenten über die **Auflösung des Reichstags** veröffentlicht worden. Sie ist noch rechtzeitig genug gekommen, so daß die für den Samstag nachmittag angesetzte Sitzung des **Aeltestenrates nicht mehr stattfand.** Sie ist interessant dadurch, daß sie der Auflösung eine **Begründung** mit auf den Weg gibt und zwar, daß nach dem Ergebnis der inzwischen erfolgten Länderwahlen die Zusammensetzung des Reichstages dem politischen Willen des Volkes nicht mehr entspricht. Nach dem Artikel 25 der Reichsverfassung kann der Reichspräsident den Reichstag auflösen, „jedoch nur einmal aus dem gleichen Anlaß". Wenn also jetzt die **Ueberalterung** den Anlaß abgibt, dann könnte im neuen Reichstag, falls es dazu kommen sollte, die Annahme eines Mißtrauensvotums gegen das neue Kabinett den Anlaß zu einer weiteren Auflösung geben, ohne daß damit der Reichspräsident in Widerspruch mit den Bestimmungen des Artikels 25 geriete. Es kann also nicht behauptet werden, daß die jetzige Auflösung im Zusammenhang mit einem Mißtrauensvotum geschah. Jedenfalls ist nicht ohne Zufall das Motiv der Ueberalterung sehr deutlich betont. Denn zunächst hatte doch der Kanzler die Absicht, die Auflösung des Reichstages tunlichst bis über den 1. Juli hinauszuschieben, so daß die Wahlen erst nach der Ernte zu erfolgen brauchten. Er ist davon abgekommen als er sah, daß keine Aussicht mehr bestand, die Annahme eines Mißtrauensvotums im Reichstag gegen das Kabinett zu verhindern. **Für welchen Tag die Neuwahlen ausgeschrieben werden sollen, darüber wird eine Entscheidung erst in dieser Woche fallen. Der Reichsinnenminister hat Verhandlungen mit den Ländern aufgenommen,** um festzustellen, zu welchem Zeitpunkt am raschesten die Termine für das Einreichen der Listen nach den Bestimmungen über das Reichswahlgesetz eingehalten werden können. Der Minister selbst scheint neuerdings doch darauf auszugehen, die Wahlen möglichst früh anzusetzen. Im Innenministerium spricht man jetzt wieder vom 3 Juli, also nicht mehr von der zweiten Julihälfte. Aber vorläufig stehen noch alle Sonntage des Juli zur Auswahl.

*

Wie die Parteien zur Reichstagswahl rüsten

Berlin, 5. Juni Die Auflösung des Reichstags stellt insbesondere die Mittelparteien, die bei den letzten größeren Neuwahlen nicht gut abgeschnitten haben, vor eine schwierige Situation Wie dem Nachrichtenbüro des V.d.Z. in Kreisen der Mittelparteien versichert wird, sind ernsthafte Bestrebungen im Gange um durch **eine großzügige Sammlungsaktion** auf völlig neuer Basis zu versuchen, den politischen Einfluß des Bürgertums einigermaßen sicherzustellen. Die entscheidenden Verhandlungen sind bereits in dieser Woche zu erwarten.

*

Keine Beteiligung der Volkskonservativen Vereinigung an Wahlen.

T.U. **Berlin, 5. Juni.** Die Volkskonservative Vereinigung teilt mit: „Die Volkskonservative Vereinigung lehnt es ab, ihren Namen und ihre Organisation bei parlamentarischen Wahlen einzusetzen."

*

Blätterstimmen zur Regierungserklärung

Berlin, 5. Juni. Die Regierungserklärung findet in den Blättern eine eingehende Würdigung.

Der **„Abend"** nennt sie eine Kriegserklärung an das werktätige Volk. Sie sei weiter nichts als eine einzige Klassenkampfansage von oben, der die Sozialdemokratie die Klassenkampfansage von unten entgegensetze.

Das **„Tempo"** meint, die Erklärung sei mehr ein Wahlaufruf, bei dem an Stelle des Wortes von der „nationalen Konzentration" der Begriff „Entscheidung mit welchen Kräften die Nation den Weg der Zukunft gehen wolle", getreten sei.

Das **„Berliner Tageblatt"** spricht von einer „Kampfansage" gegen alles, was seit Weimar an fortschrittlichen Gedanken verwirklicht worden sei. Es sei ein Programm der Reaktion schlechthin, Hitler und Hugenberg könnten mit dieser Erklärung zufrieden sein.

Die **„Vossische Zeitung"** bezeichnet die Erklärung als innenpolitisch von Hugenberg und außenpolitisch von Brüning abgeschrieben.

Die **„Tägliche Rundschau"** empfindet es als einen Mangel, daß die Erklärung kein Programm enthalte In der Frage der Reichsreform sei für die landwirtschaftlich orientierte Reichseinteilung von dem Kabinett Papen wenig erfreuliches zu erwarten. Das Blatt bedauert weiter den sozialpolitischen Kurs und vermißt Ausführungen über die Siedlung.

Der **„Lokalanzeiger"** stimmt der Erklärung darin zu, daß eine grundsätzliche Klärung innerhalb des deutschen Volkes unbedingt erforderlich sei. Unzweifelhaft sei in der Erklärung eine ganze Reihe sehr richtiger Erkenntnisse ausgedrückt.

Die **„Nachtausgabe"** bezeichnet als besonders auffallend die Sätze gegen den Staatssozialismus und die dabei ausgesprochene Erkenntnis, daß die Arbeitslosigkeit durch die übermäßige Belastung des Reiches der Länder und Gemeinden mit sozialistischen Aufgaben noch gesteigert worden sei.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Der „Völkische Beobachter" zum Auflösungsbeschluß

München, 4. Juni. Zu dem Beschluß des Reichskabinetts, den Reichspräsidenten um Auflösung des Reichstages zu ersuchen, schreibt der „Völkische Beobachter":

Die jetzige Regierung hat das getan, was von allen Seiten erwartet wurde. Es ist selbstverständlich, daß die Reichstagswahlen entscheidend sein werden. Das weiß der Nationalsozialismus, das wissen ebenso seine Gegner, die einen nie gesehenen Ansturm gegen ihre letzten Herrschaftspositionen erleben werden. die NSDAP. ist für diesen Entscheidungskampf gerüstet. Unser Schlag wird vernichtend sein; das erwartet das deutsche Volk, das erwartet die ganze Welt. Die für diesen Vernichtungsschlag notwendige Konzentration der äußersten Kraft wird Ehrenpflicht aller Nationalsozialisten in den kommenden Wochen sein.

Englische Stimmen

London, 4. Juni. Die englischen Blätter befassen sich mit der **Kundgebung des Generals von Schleicher** an die Reichswehr, der allgemein erhebliche Bedeutung zugeschrieben wird. Ihre Auslegung ist in allen Zeitungen zunächst die gleiche. Man sieht darin das Versprechen der neuen Regierung, zu den Sturm-Abteilungen und ähnlichen Organisationen eine andere Haltung einnehmen zu wollen, als es die bisherige Regierung tat. General von Schleicher, so erklärt man, beabsichtige sicher nicht, Hitler zum Diktator zu machen. Aber er wünsche, zu der nationalsozialistischen Bewegung gute Beziehungen zu unterhalten.

„Times" schreibt, die **Verstimmung des Zentrums** über die Betrauung des Herrn von Papen und alles, was damit verbunden war, habe die englische öffentliche Meinung anfangs ziemlich entmutigt. Jetzt aber, da sich die Wirkungen abschwächten, beginne man, sich darüber klar zu werden, **daß das neue Kabinett alles andere als schwach sei und daß es mit Entschlossenheit handle.**

Auch „Morning Post" erklärt, die neuen Minister seien alle wohl geeignet, durch Kenntnis der Aemter, für die sie verantwortlich sind, und da sie aus einer Schicht stammten, die ans Befehlen gewöhnt sei, könne man damit rechnen, daß sie die Regierungsgeschäfte fest und entschieden verwalten würden.

„News Chronicle" ist der Ansicht, daß auf der **Lausanner Konferenz** alles von der Haltung der neuen Vertreter Deutschlands abhängen werde. Es sei zu erwarten, so schreibt das Blatt, daß sie Deutschlands Zahlungsunfähigkeit erklären würden. **Es gebe keinen Staatsmann in Europa, der glaube, daß irgendwelche Entschädigungsleistungen im gegenwärtigen Zeitpunkt aus dem Deutschen Reich herausgeholt werden könnten, wenn überhaupt derartige Zahlungen jemals wieder aufgenommen werden könnten.** Aber wenn Brünings Nachfolger etwas von Brünings Geist der Vernunft und Mäßigung zeigen werde, dann werde immer noch Hoffnung auf eine Regelung bestehen, die für Europa annehmbar sei

*

Eröffnung des Reichstagswahlkampfes in Braunschweig

Eine Rede Gregor Strassers.

T.U. **Braunschweig**, 5. Juni. Vor mehr als 20 000 Personen sprach der Reichspropagandaleiter Gregor Strasser am Sonntag in einer Massenkundgebung der N.S.D.A.P. Er führte u. a. aus: Als erste nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten würden diejenigen zur Rechenschaft gezogen werden, die das ehemals reiche deutsche Volk zum ärmsten der Welt und den stärksten Staat zum Prügelknaben seiner Machthaber heruntergedrückt hätten.

Dem neuen Kabinett von Papen stehe der Nationalsozialismus in jeder Form ungebunden gegenüber. Er habe vom Kabinett Papen nur die Erfüllung seiner Forderungen verlangt, das deutsche Volk selbst zu befragen, wie es regiert werden wolle und die Freiheit der agitatorischen Arbeit in jeder Form zu gewährleisten. Nach der Reichstagwahl werde der Nationalsozialismus seine Forderungen und seine Entschlüsse bekanntgeben. An dem Tag, an dem eine Regierungsbildung ohne Zentrum möglich sei, werde der erste Schritt getan sein, um Deutschland wieder deutsch zu regieren.

Die Arbeit beginne nach der Machtübernahme mit zwei großen Aufgaben. Die erste sei die Errichtung der politischen Macht durch Umgestaltung des deutschen Volkes zu neuem Gedeihen und die zweite sei nicht nur die Regierung zu bilden, sondern alle Deutschen durch die Tat zu Nationalsozialisten zu machen. Er wenn es gelinge, die Erwerbslosen wieder in den Produktionsprozeß einzureihen, werde das Problem der politischen Führung und des Vertrauens gelöst sein. Deutschland selbst könne Arbeit für Millionen und für Jahrzehnte hinaus geben. Der Nationalsozialismus komme aus dem Leben und nicht aus der Theorie. Deshalb wisse er, wo der Hebel mit Erfolg anzusetzen sei.

Notizen zum neuen Kurs

Die DAZ. schreibt: Mit Ausnahme des Arbeitsministeriums, das Reichskommissar Dr. Gördeler leider vorläufig abgelehnt hat, ist das Kabinett vollständig. Wie immer man den Kanzler beurteilen mag, es steht fest, daß in seinem Kabinett hervorragendste Persönlichkeiten des öffentlichen Leben vereinigt sind. Es hat lange in Deutschland eine so repräsentative Regierung nicht mehr gegeben, und man kann es nur mit einem Lächeln quittieren, daß in gewissen Teilen der Oeffentlichkeit daran Anstoß genommen wird, es gehörten ihr zu viele Adelige an. Schließlich hat der preußische und deutsche Adel in der Geschichte dieses Landes eine gewaltige Rolle gespielt; er hat es beherrscht, aber auch dafür auf Schlachtfeldern ohne Zahl geblutet und im öffentlichen Dienst gedarbt, und wenn sich unter den Mitgliedern der neuen Reichsregierung kein Bismarck befindet, so sind die in ihm vertretenen „Junker" seine Standesgenossen mit den Verpflichtungen ihres Standes. Wir wollen sein Programm und seine Taten abwarten und betrachten es als eine entscheidende Frage, ob es eine aktivistische, handlungsfähige und verantwortungsbereite Regierung sein wird. Auf der andern Seite steht es nicht an, von vornherein den Stab über die Männer zu brechen, die in schwerster Not des Vaterlandes, inmitten zerrütteter wirtschaftlicher und finanzieller Verhältnisse, auf einem der tiefsten Punkte eines Wellentales der deutschen Geschichte, die Hand an das Steuerrad legen.

Wenn Gerüchte auftauchten, die davon wissen wollten, daß die Reichsregierung die Absicht habe, nicht normale Reichstagsneuwahlen, sondern Wahlen zu einer **gesetzgebenden Nationalversammlung auszuschreiben** — die dann also das Recht hätte, eine neue Reichsverfassung mit einfacher Mehrheit zu beschließen — so hat hier wohl die Angst gewisser Linkskreise zu derartigen Möglichkeiten Gevatter gestanden. Die Regierung trägt sich mit derartigen Plänen nicht. Soweit in den der Regierung nahestehenden Kreisen solche Vorschläge erörtert werden, zielen sie auf einen späteren Termin ab. Im übrigen wird jedoch abzuwarten sein, welche Zusammensetzung der künftige Reichstag aufzuweisen hat.

Auch die Frage der **Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen** wird wieder einmal lebhaft erörtert. Es bestätigt sich, daß die Nationalsozialisten neuerdings an diesem Vorschlag mehr Geschmack gefunden haben.

Wie wir erfahren, schweben wegen der endgültigen **Besetzung des Reichsarbeitsministeriums** Verhandlungen mit einigen bisher noch nicht genannten Persönlichkeiten, darunter Professor Brahn, dem Schlichter für Rheinland und Westfalen.

Ueber die Lebensfähigkeit des neuen Kabinetts äußert sich der „Deutsche", die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, in folgender Weise: „Die Neuwahl des Reichstags ist eine der Abmachungen, die von den neuen Männern mit Hitler geschlossen sind. Die Nationalsozialisten werden gemäß diesen Absichten das Kabinett Papen „tolerieren", durchaus wohlwollend tolerieren. Denn die Abmachungen zwischen Hitler und dem Reichswehrministerium von Schleicher greifen offenbar weit über die Wahlen hinaus. Entsprechende Aeußerungen von General von Schleicher sind bekannt; darnach rechnet der Reichswehrminister mit einer Regierungszeit dieses Kabinetts von vier Jahren. Mag sein, daß nach den Reichstagswahlen der eine oder andere Minister abgelöst wird von einem den Nationalsozialisten nahestehenden Mann — die eigentlichen Träger des Kabinetts und seines Kurses sind willens, zu bleiben. Dazu haben sie, wie versichert wird, das Einverständnis Hitlers. Als Entgelt für dieses Zugeständnis sollen die Nationalsozialisten die Regierung in Preußen erhalten, wenn nötig mit Hilfe von Neuwahlen und mit Hilfe des Reichs".

*

Aufhebung aller bisherigen politischen Notverordnungen

Ende der Woche Aufhebung aller bisherigen politischen Notverordnungen durch Notverordnung.

T.U. **Berlin**, 5. Juni. Wie die Telegraphenunion zu der vom Reichsinnenminister, Freiherrn von Gayl in Königsberg angekündigten Neuregelung der verschiedenen Bestimmungen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, von unterrichteter Seite erfährt, ist im Reichsinnenministerium bereits der Entwurf einer entsprechenden Notverordnung fertiggestellt, der als erstes das Reichskabinett bei seinem Wiederzusammentritt voraussichtlich am Dienstag beschäftigen wird. Die neue Notverordnung soll zunächst alle bisherigen politischen Notverordnungen (nicht die wirtschaftlichen) aufheben und nur einige Bestimmungen in neuer Fassung enthalten. Aufgehoben würde vor allem das S.A.- und S.S.-Verbot, sowie das Uniformverbot. Die Versammlungfreiheit und die Pressefreiheit würden in weitestem Umfange wieder hergestellt. Bestehen bleiben würde in erste Linie die Bestimmungen über Waffenbesitz und Waffentragen, ferner einige Bestimmungen, die grobe unrichtige Angriffe in der Presse und in Versammlungen verhindern sollen. Auch das Kontrollrecht des Reiches über die Wehrverbände dürfte ausrechterhalten bleiben. Mit der Veröffentlichung der Notverordnung ist Ende der Woche zu rechnen.

*

Reichsinnenminister Freiherr v. Gayl über seine Aufgabe

T.U. **Königsberg**, 5. Juni. Reichsinnenminister Freiherr von Gayl empfing am Samstag ein Redaktionsmitglied der „Ostpreußischen Zeitung" zu einer Aussprache über die politische Lage und die nächsten Absichten des Kabinetts. Der Minister betonte zunächst, daß er guten Mutes und mit Zuversicht an die ihm gewordene Aufgabe heranginge, obwohl sie ihm erhebliche Opfer auferlege. Nur auf ausdrücklichen Wunsch des Reichspräsidenten und nach schwerwiegenden anfänglichen Bedenken sei er in das Kabinett eingetreten. Die Zusammensetzung des Kabinetts sei in besonderem Maße für Ostrpreußen von Bedeutung. In die Hände der beiden ostpreußischen Minister sei die Bearbeitung der Osthilfefragen gelegt. Vor seinem Eintritt in das Kabinett habe er eine Aussprache mit Geheimrat Hugenberg gehabt, in der festgestellt worden sei, daß die Deutschnationale Volkspartei dadurch dem Kabinett nicht verpflichtet wäre, daß die Partei andererseits aber zunächst ruhig abwarten werde, wie sich die weitere Tätigkeit des Reichskabinetts gestalten werde. Alle Kabinettsmitglieder hätten ihren Austritt aus den ihnen nahestehenden Parteien erklärt. Auch sein Amt im Reichsrat habe er niedergelegt. Auf die Frage nach dem Programm für sein Ressort — insbesondere hinsichtlich des S.A.-Verbots — erklärte der Minister, in kürzester Zeit werde eine Neuordnung und Neufassung sämtlicher Bestimmungen über die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ergehen, durch die alle Ungerechtigkeiten gegenüber der nationalen Bewegung in ihren verschiedenen Formen aufgehoben werden würden. Im Gegensatz zu früher werde das Kabinett nicht jede kleine Anrempelung in der Oeffentlichkeit mit der ganzen Schwere seiner Machtvollkommenheit ahnden; nur große Angriffe und Verunglimpfungen, besonders solche auf den Reichspräsidenten, sollen bestraft werden. Die Regierung werde es sich angelegen sein lassen, nicht nur für Ruhe und Ordnung, sondern auch für das Recht und die Sicherheit des einzelnen Staatsbürgers zu sorgen. Zu der Frage der Reichstagswahl dementierte der Minister die Gerüchte über die Aenderung des Wahlgesetzes, wie sie vom Kabinett Brüning bereits vorbereitet worden sei. Die Wahl, so betonte der neue Innenminister mit allem Nachdruck, solle die unverfälschte Willensmeinung des deutschen Volkes zum Ausdruck bringen. Jede Einschränkung und Behinderung dieser Willensmeinung werde vom Kabinett abgelehnt. Schließlich stellte der Minister noch die Gerüchte richtig, die über die angeblich geplante alsbaldige Einsetzung eines Staatskommissars für Preußen im Umlauf seien.

Wochenendbesprechungen bei Hoover

Neues Programm für die Ankurbelung der Wirtschaft.

T.U. **Washington**, 6. Juni. Bei den Besprechungen, die Präsident Hoover während des Wochenendes in Rapidankamp mit dem Direktorium der Finanzrekonstruktionsgesellschaft hatte, wurde ein Programm für die Wirtschaftsankurbelung ausgearbeitet, das folgende vier Punkte enthält:

1. Ermächtigung der Gesellschaft, eine Erhöhung des Kapitals bis zu drei Milliarden Dollar vorzunehmen. Davon sollen 300 Millionen zur Hergabe von Krediten an die einzelnen Bundesstaaten für Erwerbslosenunterstützung verwendet werden.

2. Durchführung der gesetzgeberischen Maßnahmen zur Schaffung von Eigenheim-Darlehensbanken, durch die Zwangsverkäufen vorgebeugt und Neubauten angeregt werden sollen. Die Banken sollen durch die Finanzrekonstrutionsgesellschaft finanziert werden.

3. Schaffung von Young-Ausschüssen in allen Bundesstaaten.

4. Bedingungsloser Haushaltsausgleich und drastische Sparmaßnahmen.

Hetzjagd hinter Ellinor

Roman von Margarete Ankelmann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[25

Es ist kein Gefühl, auf dem sich eine wirkliche Zusammengehörigkeit aufbauen könnte.

Sie müssen mir meine Offenheit verzeihen, Mabel. Aber es ist besser, ich füge Ihnen jetzt dieses kleinere Weh zu, statt daß später ein großes Herzeleid daraus wird."

Mabel war zurückgetreten, tief erblaßt. Dann kam es leidenschaftlich von ihren Lippen:

„Sie stoßen mich zurück, John, weil ... weil Sie Daisy lieben — nicht wahr?"

„Sie irren sich, Mabel. Ich verehre Lady Edmon und bin froh über ihre Freundschaft; aber von Liebe kann auch hier keine Rede sein."

„Oh, dann sind wir beide beklagenswert. Denn auch Daisy liebt Sie, wie ich Sie liebe. Und beide müssen wir auf Sie verzichten, wahrscheinlich, weil Ihr Herz einer ganz anderen Frau gehört."

„Nein, Miß Mabel! Ich liebe keine andere Frau und werde auch nie eine lieben. Mein Herz hat keinen Raum für solche Gefühle; es gehört ganz und allein George Frank, meinem einzigen Wohltäter."

Ganz still wurde es nach diesen Worten. John war die Stirn feucht geworden, vor innerer Erregung und vor lauter Angst, hier mit Mabel gesehen zu werden. Dieses Zusammensein hätte ganz anders ausgelegt werden können. Es war höchste Zeit — es mußte dieser Situation ein Ende gemacht werden, ehe es zu spät war.

„John, Sie sind ein guter Mensch. Ich will versuchen, das alles zu überwinden. Ich bitte Sie jetzt, mich allein zu lassen. Ich kann jetzt nicht mit Ihnen zu der Gesellschaft zurückkehren. Ich bin Ihnen nicht böse, wirklich nicht. Aber ... ich muß jetzt allein sein, das werden Sie verstehen.

Gehen Sie gleich hier durch die Bücherei, Mister John. Von da aus können Sie ganz unauffällig in den Saal zurückkehren."

„Liebe, kleine Mabel, ich danke Ihnen ..."

„Oh, nicht ... gehen Sie, bitte ..."

Zitternd entzog Mabel ihm die Hand, die er leise geküßt hatte.

Dann war John verschwunden.

Mabel drückte die kleinen Hände vor den Mund, um das aufsteigende Schluchzen zu unterdrücken. Dann hörte sie Schritte, die sich der Terrassentür näherten. Wie gehetzt eilte sie jetzt fort, weiter hinein in die Dunkelheit des Parkes.

Sie mußte versuchen, über diesen Schmerz hinwegzukommen; über die Bitternis, da verschmäht worden zu sein, wo sie zum ersten Male mit aller Innigkeit liebte.

Seit dieser Stunde war eine quälende Unruhe über John Frank-Murray gekommen. Ueberall witterte er Gefahr, und es verging kaum ein Tag, da ihn nicht plötzlich jähes Entsetzen überfiel, die Angst vor der Entdeckung.

Ellinor war der Verzweiflung nahe. Sie kam aus den Aufregungen nicht mehr heraus. Als ob die Unterredung mit Mabel Mifton das Signal gewesen wäre: eine peinliche Situation kam nach der anderen.

Wenige Tage nach der Begegnung im Park wurde sie von den Freunden zum ersten Male aufgefordert, mit zum Schwimmen zu gehen. Ellinor wußte natürlich, daß das vollkommen unmöglich war. Im Schwimmtrikot hätte sie ihre Weiblichkeit unter keinen Umständen verbergen können.

Zu allem Unheil war George dazugekommen, als Ellinor mit den Freunden verhandelte. Und es war das erstemal, daß George wirklich ärgerlich wurde über die Marotten des Bruders. Es wäre beinah zu einem ernstlichen Zerwürfnis gekommen.

Für den Rest dieses Tages gingen sich die Brüder aus dem Wege. Am folgenden Tage sahen sie sich auch nicht, da George eine wichtige Sitzung hatte und außerhalb des Hauses speiste.

Erst am dritten Nachmittag saßen sie wieder beisammen — beide waren sehr wortkarg gewesen.

Das war nun schon vierzehn Tage her. Wohl sprachen die Brüder wieder zusammen, wie früher. Und doch, irgendein Mißklang war geblieben, ein unausgesprochener Rest.

George Frank ging grübelnd in seinem Arbeitszimmer auf und ab. Auf seiner Stirn lagen Wolken. George Frank hatte Sorgen um seinen Bruder. Was war bloß mit dem Jungen los? Fast schien es, als meide er seine Gegenwart.

Gewiß, er war etwas zu scharf geworden, damals, als John absolut nicht mit den Jungens zum Schwimmen gehen wollte. Aber es war ja auch zu ärgerlich und geradezu unbegreiflich, daß er von diesem gesündesten Sport einfach nichts wissen wollte. Wie es überhaupt merkwürdig war, daß John so gar nichts übrig hatte für sportliche Betätigung. Das einzige war seine Reiterei.

George begriff das nicht. John war doch ein moderner junger Mensch, und er hatte nicht das geringste Interesse für das, was andere junge Menschen trieben. Das bißchen Reisen und Chauffieren, das konnte doch dem Sportbedürfnis von heute nicht genügen.

George Frank schüttelte den Kopf. Auch sonst war der Junge so eigentümlich. Er besaß überhaupt keine Leidenschaft. Er fand bei anderen alles begeisterungswürdig und schön; nur er selbst wollte von all diesen Torheiten nichts wissen, die zum Leben eines jungen Mannes doch nun einmal gehörten. Und besonders dann, wenn ihnen so viel Geld zur Verfügung stand wie John.

Wenn er doch irgendeine Schwäche gehabt, irgendeine Torheit ausgefressen hätte! Wenn er nur nicht so ein Musterbild gewesen wäre!

Mein Gott! Da war sein leiblicher Bruder John doch ein ganz anderer Kerl gewesen, trotz seiner Kränklichkeit. Er hatte von des Lebens Becher gekostet, was sich ihm nur bot, und er hatte fast zu viel Leidenschaftlichkeit daran verschwendet.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg